

# Haushaltsrede 2011 der **Löhner – Bürger - Allianz**

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, Löhner Bürger, Zuhörer und Vertreter der Presse!**

## **1. Lokalpolitik und Finanzdesaster:**

Im letzten Jahr, dem ersten Jahr im Nothaushalt, drückte der Kämmerer die desolante Finanzsituation der Stadt Löhne mit folgenden Worten aus:

*„Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Stadt ist nicht zulässig – wäre es zulässig, so wäre der rechte Zeitpunkt für eine Anmeldung wohl gekommen.“*

Bei der Haushaltseinbringung, kaum 12 Monate später, spricht der gleiche Kämmerer mit Blick auf die Löhner Gesamtverschuldung von einer „**Vergeblichkeitsfalle**“, mit anderen Worten: Wir können uns noch so anstrengen, wir können noch so viele Sparkonzepte vorlegen, aber raus aus der Schuldenspirale kommen wir alleine nicht!

Was soll damit gesagt werden? Sollen wir uns resignierend zurücklehnen, sollen wir uns unserem Schicksal ergeben und auf eine bessere Zukunft hoffen?

Diese Frage beantworte ich mit einem klaren **NEIN!** Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben uns gewählt, um ihre Interessen in den politischen Gremien dieser Stadt zum Wohle der Gemeinschaft und der Stadt Löhne wahrzunehmen. **Sie haben ein Recht darauf, dass wir diesen zeitlich begrenzten Wählerauftrag ernst nehmen.**

Was sie aber gewiss nicht wollen, sind resignierende, desillusionierte und in sich zusammensackende Volksvertreter, die mit Blick auf die vom Kämmerer zitierte „Vergeblichkeitsfalle“ die Hände in den Schoß legen und verzweifelt die Schuldigen bei allen Anderen – nur nicht bei sich selbst – suchen.

Das Spielchen ist sehr durchsichtig: Die SPD macht die Bundesregierung haftbar, die CDU nimmt die Landesregierung in die Verantwortung. Beides geschieht mit einer gewissen Berechtigung, aber beides ist auch nur die halbe Wahrheit.

Die Bürger dieser Stadt brauchen - trotz der schier unüberbrückbaren finanziellen Probleme – eine **verlässliche, konstruktive und kreative politische Führung**, die langfristige Perspektiven aufzeichnet und auch für eine - in einem Nothaushalt sicherlich schwierige Aufgabe – bürgerfreundliche Politik streitet.

Doch gerade in diesem Punkt haben nicht nur Bürgermeister Held und einige Verantwortungsträger der Verwaltung, sondern vor allem auch seine ihn tragende **Ampelkoalition kläglich versagt**. Gleiches gilt aber auch für die stets nach Harmonie strebende **CDU**, die sich nach der Abwahl ihres Bürgermeisters Querheim in einer **Schockstarre** wieder fand und dann ihr Heil in der **Rückkehr zur vormaligen Kuschel-Opposition** sucht.

Die Ratsfraktion der Löhner-Bürger-Allianz hatte bereits vor Jahresfrist die Umsetzung wichtiger Eckpunkte gefordert:

Beispielsweise die Erstellung eines nachhaltigen **Konzeptes zur Verwaltungsstruktur** mit Ziel, vorhandene Einsparpotentiale zu verwirklichen; neue **Aktivitäten im Bereich Wirtschafts- und Gewerbepolitik** zu entwickeln; ein langfristiges Konzept zur Entwicklung der **Löhner Schullandschaft** zu gestalten.

Geschehen, meine Damen und Herren, ist nichts. Gar nichts. Im Gegenteil: Wer unter den hier anwesenden politisch Agierenden, also bei den Altparteien bzw. dem Bürgermeister Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit sucht, sucht beides vergebens.

Denn eines ist offensichtlich: Die **Halbwertszeit einmal gefasster politischer Beschlüsse wird immer kürzer**. Hier einige Beispiele:

1. Da unterstützt die SPD – noch unter BM Quernheim – den **Abbau der Straßenbeleuchtung am Alten Salzweg**, wohl wissend um die Gefahren für Anwohner und Schulkinder auf dem Weg zur Grundschule. - Ein paar Jahre später lässt sich die gleiche SPD für ihre 180°-Wende feiern und beschließt den **Wiederaufbau der Straßenbeleuchtung**.
2. Da weigert sich die SPD jahrelang beharrlich - auch zu Zeiten des BM Quernheim - , die **Gebühren für Wasser und Abwasser** zu erhöhen. - Doch kaum ist der Sozialdemokrat Held als neuer Bürgermeister inthronisiert, kaum hat sich der Rauch der Wahlkampfschlacht verzogen, da **werden gleich zweimal hintereinander die Gebühren um insgesamt rund 20% erhöht**. Begründung: die sozusagen aus heiterem Himmel hereinbrechende, „neuerkannte“ finanzielle Schiefelage des Stadt Löhne.
3. Jahrelang hat die SPD die sog. „**Schneepflugsteuer**“, sprich Winterdienstabgabe, zu Zeiten von BM Quernheim **kategorisch abgelehnt**. - Und auch hier hat die SPD schließlich eine „turnerisch“ perfekte **Rolle rückwärts** hingelegt.

4. Da kämpfen SPD und Verwaltung – Seit' an Seit' – **für eine neue Biogas-Anlage** hinterm Klärwerk, bis der SPD schließlich auffällt, dass ein solches Projekt nicht gegen den erklärten Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen ist:  
Und plötzlich – gleichsam über Nacht – steht die SPD an der **Spitze der Anti-Biogas-Bewegung** und lehnt das noch Wochen zuvor befürwortete Projekt nun strikt ab.  
(Ein ähnliches DAMASKUS-EREIGNIS erlebten wir vor drei Tagen auf Bundesebene, als die FDP sich nur wenige Stunden nach der verlorenen Landtagswahl von der erklärten **Atom-Lobby-Partei** zur **Speerspitze der Anti-AKW-Bewegung** bekehrte.)
5. Noch kürzer war die Halbwertszeit für einmal gefasste Beschlüsse bei SPD und CDU beim hochbrisanten Thema „**Dichtigkeitsprüfung**“. - Noch in der Dezembersitzung des Stadtrates boxten Bürgermeister, SPD, CDU, FDP und Grüne ihr eigenes ebenso unsinniges wie bürgerfeindliches Prüfungskonzept gegen die Stimmen der LBA durch.  
- Und nun, kaum **3 Monate später, hat man plötzlich wiederum „neue Erkenntnisse“** und bremst den gefassten Unsinn-Beschluss unter dem Eindruck der Bevölkerungsproteste – wenigstens erst einmal:  
Eine Löhner „**Moratoriums-Variante**“, die die SPD auf Bundesebene - zu recht - als eine **unglaubliche Zick-Zack-Politik** beschreibt.

Man möchte den „Wende-Politikern“ und dem Bürgermeister zurufen: Nehmt Euren Bürgerauftrag ernst und macht Euch – bevor Ihr Euer Händchen bei Abstimmungen im Rat in die Höhe streckt – inhaltlich und sachlich kundig.

Gerade am Beispiel der umstrittenen Dichtigkeitsprüfung ist **nachzuweisen**, dass Rainer Kleimeyer im Werksausschuss **sämtliche zentralen Kritikpunkte den anwesenden Ausschussmitgliedern bereits im Jahre 2010 mehrfach ausführlich erläuterte** – allein, er predigte offenbar tauben Ohren.

Die Bürgerinnen und Bürger verlangen – und das zu Recht – Antworten auf die folgenden Fragen:

1. WIE KÖNNEN WIR UNTER DEN RESTRIKTIONEN DES NOTHAUSHALTES ZUMINDEST **EINEN TEIL DER KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG AUFRECHT ERHALTEN** UND IN DIESEM RAHMEN UNSERE STADT WEITER ZUKUNFTSGERECHT ENTWICKELN?
2. WIE KÖNNEN WIR UNSERE EINMAL AUFGEBAUTE **SCHULLANDSCHAFT** UNTER DIESEN BEDINGUNGEN UND MIT **BLICK AUF DEN DEMOGRAPHISCHEN WANDEL** WEITER ENTWICKELN?
3. WIE KÖNNEN WIR UNTER DEM EINDRUCK DER DRAMATISCH WEGFALLENDEN EINNAHMEN AUS DER **GEWERBESTEUER** UND DEM **ABZUG WICHTIGER UNTERNEHMEN** AUS DEM STADTGEBIET

UNSERE **STADT WIEDER INTERESSANT MACHEN FÜR POTENTIELLE INVESTOREN UND GEWERBETREIBENDE?**

4. **WIE KÖNNEN WIR WEITERHIN ATTRAKTIVE, SOZIAL- UND FINANZIELL VERTRÄGLICHE ANGEBOTE IM BEREICH KULTUR, SPORT UND FREIZEIT AUFRECHTERHALTEN UND FÖRDERN?**

Die Antworten können wir nur liefern, wenn endlich eine nachhaltige, bürgerfreundliche und kreative Politik im Rathaus Einzug hält. Doch das ist genau das Gegenteil davon, was Bürgermeister Held, die Ampelkoalition sowie die CDU uns in den letzten Monaten geboten haben. Diesen **Vertrauensverlust gilt es aufzuarbeiten** – allein der Glaube an eine Besserung fehlt.

## **2. Äußere, nicht zu beeinflussende Rahmenbedingungen:**

Bereits in der letzten Haushaltsrede habe ich auf die **unerträglichen, aber politisch gewollten, Rahmenbedingungen** durch den Bund und dem Land NRW ausführlich hingewiesen. Offensichtlich verhalten alle Rufe aus den Städten und Kommunen, die die Basis unseres Gemeinwesens darstellen, ungehört.

Im Gegenteil: Am 23.12.'10 wurden die Kommunen in NRW von einer E-Mail der rot-grünen Landesregierung überrascht. Einen Tag vor Heiligabend kam dann aber keine vorweihnachtliche Freude auf: Die Landesregierung informierte in dieser E-Mail über eine Modellrechnung zur geplanten **Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes** kurz GFG.

Demnach werden die sozialen Lasten durch die Gewichtung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften stärker als bisher berücksichtigt. Von 3,9 Punkten auf 9,6 Punkte in diesem Jahr und auf 15,3 Punkte im nächsten Jahr.

Zunächst unscheinbare Zahlen, aber mit drastischen Folgen für unsere Stadt Löhne: **1,4 Millionen €** werden uns durch den ersten Schritt, und nun in jedem einzelnen Jahr für unseren Haushalt genommen.

Wir resümieren: die **rot-grünen-dunkelroten Kraft-Versprechungen** in Bezug auf eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen sind schlichtweg das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Und alle Wahlkampf-Flyer mit den gegenteiligen Versprechungen sollten zeitnah in die Tonne getreten werden.

Und in Berlin ? Während sich die Vertreter auch sogenannter bürgerlicher Parteien in Löhne leicht tun, **kräftig an der Steuer- und Gebührenschaube** zu drehen, propagieren ihre Abgeordneten im Bund genau das Gegenteil:

Alle bürgerlichen Parteien im Bundestag haben sich im letzten Jahrzehnt **für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft** eingesetzt.

Nicht zuletzt war es die **rot-grüne Bundesregierung**, die den **Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent und die Unternehmenssteuern von 40 bzw. 30 auf 25 Prozent deutlich gesenkt hat**. Und es war **Schwarz-Gelb**, das den notleidenden **Hoteliern ein hübsches Steuergeschenk** kurz nach der Wahl überreichte und von weiteren Steuererleichterungen in den nächsten Jahren faselte.

Für **notleidende Unternehmen, Banken und EU-Länder scheinen Milliarden-Beträge in irgendwelchen Kellern eingebunkert und kurzfristig verfügbar zu sein**. Nur für **die Kommunen** im eigenen Land, in denen bekanntlich auch die Wähler und Wählerinnen der gut dotierten Abgeordneten wohnen, scheint man **kein Geld** zu haben.

Welch ein Witz: Die Ratsmitglieder in Löhne von SPD, CDU, FDP und Grünen klagen über fehlende Unterstützung von Bund und Land, über neue von den Kommunen zu bezahlenden Pflichtaufgaben – auf der anderen Seite stellen die **Abgeordneten der gleichen Parteien im Bund und Land** die verfassungsrechtlich verankerte kommunale Selbstbestimmung nicht nur aufs Spiel:

**Die kommunale Selbstverwaltung ist mittlerweile eine Farce!**

**Die Kommunen sind die Basis unseres Gemeinwesens. Brechen diese weg, so ist auch unser System in Gefahr!**

Die endlose Geschichte der eingesetzten **Kommission zur Änderung der Gemeindefinanzierung** bietet bislang keine Hoffnungen auf eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen.

Was aber die Kommunen brauchen, ist Handlungs- und Planungssicherheit. Und diese ist, nach Überzeugung der Löhner-Bürger-Allianz, nur durch eine sichere, stetige und **konjunkturunabhängige** Finanzierung möglich.

**Meine Damen und Herren Ratsmitglieder aus SPD, CDU, Grüne und FDP: machen Sie Ihren Abgeordneten im Land und Bund endlich klar, dass diese Fragen zumindest ebenso wichtig sind wie eine Diskussion über weitere Steuerermäßigungen und Rettungsaktionen für Banken und EU-Länder!**

### **3. Die erschreckende Finanzlage in Löhne:**

Ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung und die Entwicklung der Gesamtschulden sagt alles aus:

Das Haushaltsjahr **2011 weist ein Defizit von 10,3 Mio. €** auf, das bisher **zweithöchste in der Geschichte unserer Stadt.**

Zum Ende dieses Jahres 2011 wird die Verschuldung der Stadt Löhne (ohne Wirtschaftsbetriebe) über 55 Millionen Euro betragen, zum Ende des Planungszeitraumes im Jahr 2014 wird sie um weitere 30 Millionen € auf nunmehr fast 86 Millionen ansteigen!

Zusammen mit den Schulden der Wirtschaftsbetriebe beträgt dann die Gesamtverschuldung mindestens kaum mehr fassbare 125 Millionen Euros.

Die aktuelle **Schuldenuhr** tickt nur wenig entfernt von der der spektakulären **100 Millionen-Linie: Die Stadt hat mittlerweile 99,8 Mio. € Gesamtschulden angehäuft:** 44,2 Mio. € entfallen auf die WBL; 39,1 Mio. € auf den allgemeinen Haushalt und mit 16,5 Mio. (Stand 31.12.2010) stehen die Kassenkredite in der Kreide – zusammen am heutigen Tage also im Bereich der **100 Mio. € Verschuldung.**

Mit anderen Worten: ein **Haushaltsausgleich bleibt weiter, auch über 2014 hinaus, ein frommer Wunsch**, aber offensichtlich unerreichbar. Damit ist ein „Neustart“ in ein **genehmigtes Haushaltssicherungskonzept unmöglich. Löhne bleibt auf absehbare Zeit im Nothaushalt mit allen seinen restriktiven Konsequenzen.**

Als wären diese nackten Zahlen nicht schon erschreckend genug, so ergibt sich daraus ein weiterer – oft vernachlässigter – aber gefährlicher Aspekt:

Die regelmäßigen Haushaltsdefizite führen unmittelbar in die Kreditfinanzierung der laufenden Aufgaben. Dazu wurden und werden mit zunehmender Bedeutung kommunale Kredite zur Liquiditätssicherung genutzt, die eigentlich nur als Instrument zur kurzfristigen Überbrückung von Zahlungsengepässen (unterjährig) gedacht sind.

Zum Vergleich: für **2011 belaufen sich die investiven Kredite (= langlaufende Kredite) auf knapp 40 Mio. €**, dem stehen kurzfristige **Kassenkredite in Höhe von 28 Mio. €** (Ende 2011) gegenüber. **Ende 2014 verschiebt sich dieses Verhältnis: 37 Mio. € investiven Krediten stehen fast 49 Mio. € Kassenkrediten** gegenüber. Die zur Zeit historisch niedrigen Zinsen belasten schon heute unseren Haushalt. Sie stellen aber vor allem ein **hohes Gefahrenpotential** dar, da in den nächsten Jahren mit steigenden Kapitalmarktzinsen zu rechnen ist.

Ein Rechenbeispiel mag dieses verdeutlichen: Eine **Steigerung der Zinsen** im Jahr 2014 nur um **einen Prozentpunkt belastet dann den Haushalt gleich um 500.000 €.**

**Allein diese Summe ist mehr als das Dreifache dessen, was die Stadt in diesem Jahr für die Entwicklung neuer Gewerbegebiete ausgeben will!!**

Wir sehen noch weitere Gefahren für den Haushalt der Stadt Löhne in den kommenden Jahren:

1. DER EINBRUCH DER GEWERBESTEUER VON ÜBER **20 Mio. € NOCH MITTE DER 90ER** JAHRE AUF NUNMEHR **KNAPP 10 Mio. €** (GEPLANT) IN 2011 BELEGT EIN STRUKTURELLES PROBLEM IN LÖHNE. HIER HAT DIE LÖHNER POLITIK DAS LETZTE JAHRZEHT VERSCHLAFEN, KEINE NEUEN IDEEN ENTWICKELT UND SELBST IN DEN KONJUNKTUR-HOCHPHASEN VON 2007, 2008 SIND DIE GEWERBESTEUER-EINNAHMEN GESUNKEN, STATT – WIE VIELERORTS GESCHEHEN – GESTIEGEN. GLAUBT MAN DEN ZEITUNGSBERICHTEN, WERDEN WEITERE ZAHLUNGSKRÄFTIGE UNTERNEHMEN DEN STANDORT LÖHNE AUFGEBEN UND FÜR WEITERE EINBRÜCHE BEI DIESER EINNAHMEQUELLE SORGEN. DIE NOCH KURZE ÄRA HELD WIRD DANN IN DIE ANNALEN DER GESCHICHTE EINGEHEN ALS DIE ZEIT DER MEISTEN GEWERBEABGÄNGE IN LÖHNE.
2. DIE TEMPORÄRE **ENTLASTUNG BEI DER KREISUMLAGE WIRD WOHL NUR KURZE ZEIT ANDAUERN**. GERINGERE SCHLÜSSELZUWEISUNGEN DER KREISANGEHÖRIGEN KOMMUNEN LASSEN BEFÜRCHTEN, DASS DER KREIS ZUM AUSGLEICH BALD DIE KREISUMLAGE WIEDER ANHEBEN WIRD.
3. **STEIGENDE KOSTEN BEI DEN BETREUUNGSANGEBOTEN** DER UNTER 3-JÄHRIGEN FÜHREN AUCH IN ZUKUNFT ZU MEHRBELASTUNGEN. FRAGLICH IST, OB UND WIE DIE ROT-GRÜNE LANDESREGIERUNG DAS URTEIL DES LANDESGERICHTSHOFES ZU DIESEM THEMA (12.10.2010) UMSETZEN WIRD.
4. DIE NEUEN UND ERLEICHTERTEN AUSREISEBESTIMMUNGEN FÜR MENSCHEN AUS DEN BALKANSTAATEN UND DIE UNRUHEN IN DEN MITTELMEER-ANRAINERSTAATEN LASSEN MIT EINEM **ZUWACHS VON FLÜCHTLINGEN UND ASYLANTEN** RECHNEN.
5. DER **SCHNELLER ALS ERWARTETE DEMOGRAPHISCHE WANDEL** IN LÖHNE WIRD EINE **VERRINGERUNG DES GEMEINDEANTEILS** AN DER EINKOMMENSTEUER ZU FOLGE HABEN.
6. DIE **DRAMATISCHE ENTWICKLUNG DER SOZIALAUSGABEN** IN DEN LETZTEN JAHREN SCHEINT UNGEMINDERT WEITER ZU GEHEN. EIN EINLENKEN VON BUND UND LAND, DIE BEI DEN KOMMUNEN DIESE LEISTUNGEN BESTELLT, IST NICHT ZU ERWARTEN. UNTER DER MOMENTANEN POLITISCHEN KONSTELLATION IST EINE NACHHALTIGE HÖHERE KOSTENÜBERNAHME DURCH BUND UND LAND NICHT ZU ERWARTEN.
7. DIE STÄNDIGEN DISKUSSIONEN ÜBER STEUERSENKUNGEN IM BUND UND DAS UNERTRÄGLICHE GEZERRE VON ROT-GRÜN IN NRW BEI DEM VERSUCH, EINEN VERFASSUNGSRECHTLICH SAUBEREN HAUSHALT AUF DIE BEINE ZU STELLEN, LASSEN FÜR DIE ZUKUNFT **WEITERE EINNAHMEAUSFÄLLE** BEFÜRCHTEN.

#### **4. Was ist zu tun – was können wir tun?**

Im letzten Jahr habe ich gesagt: „*Das Ende der kommunalen Selbstverwaltung ist in Löhne zum Greifen nah!*“ Heute, ein Jahr später, zeigt nicht zuletzt das Beispiel

Heimatmuseum, wir sind einen Schritt weiter: „Das Ende ist bereits erreicht.“

Der Nothaushalt, über den wir zu beschließen haben, deckt im Jahr 2011 gerade einmal 1,5 Millionen € des strukturellen Defizits in Höhe von über 10 Millionen € ab.

Der Kämmerer hat in seiner Aufstellung des HSK für 2011 ein **Einsparpotential von 1,8 Mio. €** berechnet, von dem – wie bereits erwähnt – **erst 1,5 Mio. in den Haushalt eingearbeitet** sind.

Im nächsten Jahr, so seine Berechnung sind knapp 2,4 Mio. € Einsparungen möglich.

Im Planungszeitraum 2010 bis 2014 sollen somit Einsparungen von insgesamt 10,3 Millionen den Haushalt entlasten. So die nackten Zahlen.

Erlauben Sie mir einen Blick auf die im Haushalt eingearbeiteten 1,5 Millionen Einsparungen: Hier wird nicht nur die ganze Hilflosigkeit des Bürgermeisters und der ihn stützenden Ampel-Mehrheit aus SPD / Grünen / FDP erschreckend deutlich, ein Blick in das Zahlenwerk bestätigt auch den Ärger vieler Bürgerinnen und Bürger. **Denn die 1,5 Mio. € setzen sich wie folgt zusammen:**

Einnahmen durch Steuer- und Gebührenerhöhungen, also Mehrbelastungen der Bürger: 1.175.000 €. Dem stehen tatsächliche Einsparungen in der „Größenordnung“ von gerade mal 320.000 € gegenüber.

Prozentual ausgedrückt: **79% der Entlastung in diesem Jahr bringen die Löhner Steuer- und Gebührenzahler auf**, 21% steuert die Stadt und Verwaltung, die nicht müde wird, ihre eigenen Sparbemühungen öffentlich zu loben, zur Sanierung bei.

**Was nützen uns, Herr Bürgermeister, die schönsten Potentialberechnungen des Kämmerers im Rahmen des HSK, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen aufzeigen, wenn die Realität – ihre Realität – völlig anders aussieht? -**

Es ist bekannt, dass die SPD sich von Anfang an mit Händen und Füßen dagegen wehrte, dass ein Gutachten über die Personalsituation im Rathaus erstellt wurde. Auch das dann in Auftrag gegebene Gutachten der angesehenen Gemeindeprüfungsanstalt wurde von der SPD ähnlich intensiv abgelehnt, wie man sprichwörtlich vom Teufel und dem Weihwasser sagt.

Offenbar hatte die SPD schon von vorn herein eine sichere Ahnung, dass die Untersuchungen der Gemeindeprüfungsanstalt **keine schmeichelhaften Ergebnisse** mit sich bringen würden. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, wenn SPD und Verwaltungsspitze Seit' an Seit' alles denkbar Mögliche unternommen haben, die

Bekanntgabe des GPA-Gutachten zu **verzögern, zu verheimlichen und nach der eingeforderten Veröffentlichung schließlich alle Ergebnisse in Frage zu stellen** und per Ausschussbeschlüsse verwerfen zu lassen. Auch die immer wieder **angemahnten alternativen, „besseren“ Sparvorschläge** sowohl im Bereich der sächlichen Kosten wie auch im Bereich der Personalkosten lassen bis heute auf sich warten. An diese „heiligen Kühe“ will die Verwaltung nicht ran! - Die Konsequenzen habe ich oben bereits dargestellt.

Das langjährige **SPD-Ratsmitglied Heinz Johannsmeier**, das wohl gänzlich unverdächtig ist, der LBA nach dem Munde zu reden, brachte die Position seiner Parteigenossen recht trefflich auf den Punkt:

**„Das mehrfach erwähnte GPA-Gutachten hat festgestellt, dass bei der Stadtverwaltung 15 – 20 Stellen übrig sind. Aber anstatt dieses sinnvoll zu prüfen, wird von vorneherein gesagt, das Gutachten taugt nichts.“** so Heinz Johannsmeier in der NW vom 28.5.2010. –

Dem bleibt aus meiner Sicht nichts mehr hinzuzufügen!

Auch zur gesamten Haushaltslage hat die GPA einige zielführende Aussagen gemacht: Sie stellt fest, dass **„die Schuld für die finanzielle Misere nicht nur bei Bund und Land zu suchen“** ist, sondern das es die **„Stadt zu einem erheblichen Teil selbst in der Hand hat, das wirtschaftliche Gesamtergebnis des städtischen Haushaltes zu verbessern.“** (NW 5.7.'10)

## 5. Konkrete Maßnahmen:

### Anträge der **Löhner-Bürger-Allianz** zum Haushalt 2011

Die **LBA** beantragt: Der Rat der Stadt Löhne möge beschließen:

1. Die bisherige Politik zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die überkommene Art und Weise der Gewerbeförderung ist **vollständig gescheitert**. Statt der gewünschten Gewerbeansiedlungen hat in den letzten Monaten die Abwanderungswelle von Löhner Gewerbebetrieben immer mehr an Fahrt aufgenommen. Nachbarkommunen (siehe interkommunales Gewerbegebiet Oberbehme der Gemeinden Hiddenhausen und Kirchlengern, aber auch die Städte Melle und Gütersloh) üben eine erhebliche Sogkraft aus und ziehen in erheblichem Maße auch alteingesessene Betriebe aus Löhne ab. Die von der Ampelkoalition durchgesetzte **Gewerbesteuererhöhung** hat die **Attraktivität der Stadt Löhne als Gewerbestandort zusätzlich beschädigt**. - Hoffnungsvoll angekündigte Versuche, neue Gewerbebetriebe **anzusiedeln** (siehe Gewerbegebiet auf dem Wittel) **scheiterten kläglich**. Deshalb wird beantragt:  
Ein **wissenschaftlich fundiertes Gewerbeansiedlungskonzept** ist mit professioneller Unterstützung zu erstellen. Dies hat der vorhandenen Monostruktur, den Stärken und Schwächen der Stadt, ihren infrastrukturellen Möglichkeiten aber auch dem demographischen Wandel Rechnung zu tragen. Ziel ist eine **offensive Strategie der Gewerbeansiedlung**, die sich unter Berücksichtigung der Innenstadt auf den Dienstleistungsbereich und die neuen Medien bezieht. Dabei ist eine **Vernetzung** mit den heimischen **Wissenschaftsstandorten** (u.a. Fachhochschulen)

vorzunehmen.

2. Die **Maßnahmen der Gewerbeförderung** müssen gegenüber allen anderen Investitionen **Vorrang** erhalten. Das gilt gerade auch für die **Sanierung der maroden städtischen Straßen**. Deshalb muss die Wiederherstellung intakter **Straßen Priorität vor dem Millionenausbau des Rathauses** erhalten. Die vom Bauausschuss (Vorlage 8.9.2010, S.3) ermittelte Summe von 1,5 Mio. Euro zur Straßensanierung ist deshalb in den Haushalt einzustellen und **vorrangig** zu investieren.
3. ALTERNATIVE ZU 2.: Das deutschlandweit vorbildliche und mit dem renommierten Innovationspreis ausgezeichnete „**Lipper-Modell**“ (siehe Verwaltungskongress >Effizienter Staat<), das sowohl zu einer **Einsparung der Straßenbaukosten** als auch zur Hebung der **Straßen-Qualität** führt, wird - nach einem entsprechenden Bieterverfahren - für die Stadt Löhne übernommen.
4. *Der immer wieder ins Feld geführte „hohe Löhner Standard“ darf nicht länger eine Ausrede sein, um finanzpolitische Grundsätze von Sparsamkeit und Effektivität zu missachten. Deshalb wird beantragt:*  
Die sechsstelligen Summen, mit denen die **Auslands-Camps von einzelnen sozialauffälligen Jugendlichen** finanziert werden sollen, sind zu streichen.
5. *Unter den Konditionen des Nothaushaltes müssen alle verzichtbaren freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand. Deshalb wird beantragt:*  
Die **umstrittene Subventionierung von Condega-Projekten wird beendet**. Es werden keine Transfer-Zahlungen von städtischen Haushaltsgeldern mehr in Richtung Mittelamerika geleistet.
6. **Rathaussanierung.** Die Sanierung des Rathauses wird in **mehrere Bauabschnitte** aufgeteilt und im Laufe der nächsten drei Jahre verwirklicht. Da die Sanierungsmaßnahmen nicht sämtlich zeitgleich durchgeführt werden müssen, kann eine kostenwirksame **Auslagerung der Diensträume entfallen**. Für prestigeträchtige Ausbau- und Gestaltungsziele ist kein Geld vorhanden. **Kostengünstige Varianten** (siehe Fw. Obernbeck) sind zu bevorzugen. Die **Finanzierung** der Sanierung erfolgt - ohne dass es zu einem weiteren Ansteigen der städtischen Verschuldung kommt - mit den realisierten **Erlösen aus dem Verkauf städtischer Immobilien** (bebauter und unbebauter Flächen bzw. Gebäuden). Auch die städtischen **Anteile an der Bau- & Siedlungsgenossenschaft** sind unter dieser Perspektive zu veräußern. Auf die von CDU + Grünen **gewünschte Aufstockung** des Hauses, die noch eine zusätzliche Million kosten würde, wird **verzichtet**.
7. **Abbau des personellen Wasserkopfes im Rathaus.** Die Verwaltung hat auf der Basis des **GPA-Gutachtens** und vor dem Hintergrund der **abnehmenden Bevölkerungszahl, der abschmelzenden Gewerbesteuer und der explodierenden Schuldenlast** eine auf **die nächsten zehn Jahre gerichtete Personalplanung für Stadtverwaltung und WBL** vorzulegen, die den personellen Überhang zurückfährt.
8. Die Stadt **kündigt ihre Mitgliedschaft in der Aqua-Magica-Gesellschaft**. Die Bewirtschaftung des Geländes und die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Gelände soll in Perioden von ein, zwei oder drei Jahren **umschichtig und arbeitsteilig** in der **selbständigen Verantwortung der beiden Städte** durchgeführt werden. (D.h., in der Zeit der ersten Periode ist z.B. Löhne für die **VERANSTALTUNGEN** zuständig, derweil Bad Oeynhausen für die **GELÄNDEBEWIRTSCHAFTUNG** verantwortlich ist. In der nachfolgenden Periode wird die Verantwortlichkeit gewechselt.)  
**Der bürokratische Apparat der Gesellschaft kann entfallen.** Ferner können so die

im GPA-Gutachten festgestellten **personellen Überkapazitäten** der Stadt Löhne in Teilen sinnvoll genutzt werden.

9. Der verwaltungsseitige Verzicht auf eine **mittel- und langfristige Schulstrukturplanung** führte zu Ergebnissen, wie sie auf dem Wittel zu beobachten waren: Als die Verwaltung initiativ wurde, kam nur noch die **Schließung des Witteler Schulstandortes** in Frage.  
Ähnliche Ergebnisse sollen bei der Hauptschule, Grundschule Mennighüffen-West, GS Halstern etc. vermieden werden. Deshalb ist es dringend erforderlich, **unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung ein geeignetes Schulstrukturkonzept** für die nächsten 10 Jahre vorzulegen. (Ein zukunftsgerichtetes Schulstrukturkonzept wurde bereits vor Jahren von der LBA angemahnt.)
10. Um den Löhner Bürgern **Klarheit** im Hinblick auf die **Verschiebung der Dichtigkeitsprüfung** zu bieten, wird im Hinblick auf die am 15.12.2010 beschlossene Entwässerungssatzung zu § 3 „Fristen für die Dichtigkeitsprüfung“ (Absatz 1, Zeile 3) folgendes beschlossen:  
**„Die erstmalige Dichtigkeitsprüfung für Straßen bzw. Straßenabschnitte nach Anlage 1, Nr. 1, wird bis zum Zeitpunkt der Vorlage der Rechtsverordnung Bund aufgeschoben.“** [zit. nach: Antrag der SPD-Fraktion vom 1.3.2011 zur Ratssitzung vom 16.3.2011]
11. *Im Hinblick auf die dringend notwendigen Einsparungen hat das **GPA-Gutachten eine Fülle von unterschiedlichsten Einsparungsmöglichkeiten** aufgezeigt, auf die die Verwaltung in einer Art „Wagenburg-Mentalität“, amtsübergreifend mit **unterschiedlichen Abwehr-Begründungen** reagierte. Alternative Sparvorschläge wurden zwar zugesagt, jedoch nicht vorgestellt. Deshalb wird beantragt:*  
Die Verwaltung wird aufgefordert, bis Ende April 2011 **Spar-Vorschläge in gleicher finanzieller Größenordnung wie beim GPA-Gutachten nachzureichen.**
12. Im Rahmen der vom Rat mehrheitlich beschlossenen Dichtigkeitsprüfung wurde auch beschlossen (WBL 15.12.2010), in den WBL 1,5 neue Stellen einzurichten. Aufgrund der veränderten Ratsbeschlussfassung vom 16. März '11 sind diese Positionen zu streichen.

**L – B – A . . . aus Liebe zu Löhne**